

Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion zur Waldbrandbekämpfung

Auch in diesem Jahr sind die Wälder in Brandenburg viel zu trocken für die Jahreszeit. Wie bereits in den vergangenen Jahren werden die Wälder in Brandenburg wieder brennen. Allein im letzten Jahr kam es zu über 500 Waldbränden bei denen eine Fläche von über 1.500 Hektar beschädigt oder zerstört wurden. Die Schäden für die Natur, für Forstbetriebe aber auch die Zerstörung des Waldes als Ort der Erholung, Freizeit und Inspiration sind groß. Nur dank des beherzten Einsatzes von vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Einsatzkräften konnten Großbrände gelöscht und kleinere Brände rechtzeitig eingeehrt werden. Dass bisher kein Verlust von Menschenleben zu beklagen ist, ist vor allem dem professionellen und dem verantwortungsvollen Handeln der vielen Einsatzkräfte in den herausfordernden Lagen zu verdanken.

Auf unsere Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden aber auch auf die vielen Einsatzkräfte anderer Hilfskräfte wie Bundeswehr, Landes- und Bundespolizei sowie dem Technischen Hilfswerk kommen wieder viele Einsatzstunden beim der Brandbekämpfung in den Wäldern und dem Schutz von Menschenleben zu.

- | | |
|----|--|
| 1. | Sicherheit für unsere Einsatzkräfte steigern – Kampfmittelbeseitigung in den Wäldern vorantreiben |
| 2. | Neue und bewährte Löschmethoden fortentwickeln - Den vorbeugenden Brandschutz vorantreiben – Menschen und Siedlungen besser schützen |
| 3. | Den vorbeugenden Brandschutz vorantreiben - Menschen und Siedlungen besser schützen |
| 4. | Wälder fit machen für den Klimawandel |
| 5. | Neue Wege bei der Waldbrandbekämpfung einschlagen |
| 6. | Sicherstellung und Weiterentwicklung des Ehrenamtes |
| 7. | Mehr Unterstützung durch den Bund und bessere Koordinierung mit Nachbarländern |

Sicherheit für unsere Einsatzkräfte steigern - Kampfmittelbeseitigung in den Wäldern vorantreiben

Die Waldbrandbekämpfung in Brandenburg stellt die Einsatzkräfte vor besondere Herausforderungen. Brandenburg gehört bis heute zu den am stärksten mit Kampfmitteln belasteten Ländern in Deutschland. Mehr als ein Viertel von Brandenburgs Wäldern hat eine hohe Kampfmittelbelastung (von 1,1 Millionen Hektar Wald haben 290.000 Hektar eine hohe Kampfmittelbelastung). Eine vollständige Kampfmittelbeseitigung wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Auch die temporär vorhandene geringe Netzausdehnung in den brandenburgischen Wäldern stellt für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren eine besondere Herausforderung in die Einsatzlage bezogene Kommunikation(Gefahr) dar. Um einen besseren Schutz von Einsatzkräften bei Waldbränden zu gewähren, müssen(sollten):

- Prioritär Waldwege und angrenzende Waldflächen, die von Feuerwehren für Löscharbeiten genutzt werden, von Kampfmitteln befreit werden
- Ein Pilotprojekt „Kampfmittelbelastete Waldfläche“ könnte neue Ansätze bei Kampfmittelbeseitigung in Wäldern erbringen
- Erforderliche Daten- und Kartendienste müssen einfacher bereitgestellt und genutzt werden können
- Der flächendeckende BOS-Digitalfunk muss durch zusätzliche stationäre und mobile Sendemasten sichergestellt werden
- Schulungen der Landesschule und Technischen Einrichtung für den Brand- und Katastrophenschutz sind insbesondere im Bereich der Führungskräfteausbildung „Vegetationsbrände“ aber auch im Bereich der Ausbildung von Multiplikatoren im Waldbrandschutz zu intensivieren
- Landesweite Übungen sollen die Zusammenarbeit zwischen Land, Kreisen und Gemeinden stärken
- Die Beschaffung von Spezialfahrzeugen und -technik ist zu verstetigen und die persönliche Schutzausrüstung der Einsatzkräfte sollte auf die Risiken der Vegetationsbrandbekämpfung angepasst werden
- Mit der Bundesregierung müssen Gespräche weitergeführt werden, die eine Unterstützung bei der systematischen Untersuchung und ggf. Beseitigung von Kampfmitteln auf Waldgrundstücken durch Entwicklung einer Modellregion sowie eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes bei der Kampfmittelbeseitigung zum Ziel haben.
- Das für die Waldbrandbekämpfung und Kampfmittelbeseitigung zuständige Ministerium muss eine Strategie entwickeln, die einen verbindlichen Pfad aufzeigt, über welchen Zeitraum und unter Prüfung der Einbeziehung externer Partnern unter welchen finanziellen Rahmenbedingungen, Brandenburgs Wälder von belastenden Kampfmitteln beräumt werden können

Neue und bewährte Löschmethoden fortentwickeln

Waldbrände werden grundsätzlich am Boden gelöscht. In munitionsbelasteten Waldflächen ist jedoch das Löschen aus der Luft häufig die einzige Möglichkeit. Für bodengebundene Einsatzkräfte ist die direkte Brandbekämpfung fast unmöglich, da ein Sicherheitsabstand von 1000m eingehalten werden muss. Aus diesem Grund ist die Unterstützung der Brandbekämpfung aus der Luft auch in Zukunft dringend nötig. Verbessert werden muss allerdings der Prozess des Anforderns des Hubschraubers um zeitnah zur Branderkennung handeln zu können. Auch der weitere Ausbau von Löschbrunnen in den Wäldern kann die Löschwasserversorgung deutlich verbessern. Die landesseitige Förderung zum Ausbau der Löschwasserversorgung war während der Laufzeit deutlich überzeichnet und verdeutlicht den dringenden Bedarf. Zudem gilt es vermehrt die Erprobung neuer Löschmethoden aber auch neue luftgebundene Erkundungsmethoden in Wäldern durch Drohnen oder selbstfahrende Löschpanzer voranzutreiben:

- Anforderung zur Brandbekämpfung aus der Luft für die kommunalen Träger des Brandschutzes vereinfachen
- Nutzung von Bundeshubschraubern vertraglich sichern

- Verstetigung der Förderung zum Ausbau und Instandhaltung von Löschwasserbrunnen in waldbrandgefährdeten Regionen
- Technische Innovationen zur Waldbrandbekämpfung und zur Erkundung aus der Luft erproben und deren Anschaffung fördern
- Die Expertise und der Austausch mit Experten aus den waldbranderfahrenen, südeuropäischen Ländern ist voranzutreiben.
- Zusammenarbeit mit Partnerinnen u. Partnern im Bereich Autonomes Arbeiten, Einsatz von KI vorantreiben
- Wissenschaftliche, forschende und digitale Expertise aus dem Land Brandenburg hinzuziehen

Den vorbeugenden Brandschutz vorantreiben - Menschen und Siedlungen besser schützen

Da der resiliente klimaangepasste Wald noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird, muss der vorbeugende Brandschutz in den Wäldern vorangetrieben werden. Je effektiver der vorbeugende Waldbrandschutz durch Waldbesitzer gestaltet wird, umso geringer ist die Gefahr des Entstehens von Waldbränden und umso gezielter lassen sich Waldbrände bekämpfen. Effektiver Waldbrandschutz ist nur durch eine enge Verzahnung aller zuständigen Stellen (Waldbesitzer, Forstbehörden, Feuerwehren und Betreiber kritischer Infrastrukturen) möglich. Die Abwägung von Naturschutz und Waldbrandschutz hat immer zugunsten des Schutzes von Menschenleben zu erfolgen (ausfallen). Jahr für Jahr müssen Siedlungen, die von Waldbränden bedroht werden, evakuiert werden. Insbesondere waldbauliche Maßnahmen zum Schutz von Einsatzkräften aber auch von waldbrandgefährdeten Siedlungen sind schnellstmöglich voranzutreiben, zu erhalten und zu pflegen. Hierzu zählen:

- Der zügige Ausbau und die Befestigung von Waldwegen auch in waldbrandgefährdeten Naturschutzgebieten, um die Durchfahrt auch mit schweren Feuerwehrfahrzeugen zu gewährleisten
- Waldbesitzer müssen dazu aufgefordert werden, Waldbrandschutzstreifen, Waldbrandschutzriegel und Löschwasserentnahmestellen anzulegen und zu unterhalten, dazu ist eine fachliche Begleitung durch das zuständige Ministerium zu gewährleisten und ein von unnötiger Bürokratie begleitetes Verfahren sicherzustellen
- Waldbrandriegel müssen prioritär in der Nähe von waldbrandgefährdeten Siedlungen eingerichtet werden
- Landkreise und Kommunen sollen zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger aber auch zum Schutz unserer Wälder, geeignete Maßnahmen prüfen, die eine zu dichte Ansiedlung von Wohnbebauung an Wäldern nur unter zu definierten Bestimmungen für zulässig erklären
- Bei der Anlage von Löschwasserentnahmestellen und Brand- und Katastrophenschutzwegen sowie -schneisen im Wald wird neben EU-Fördermöglichkeiten ein Bundesförderprogramm benötigt, um insbesondere die waldbesitzenden Körperschaften und Privatwaldbesitzer bei der Umsetzung der genannten Maßnahmen, u.a. zum Schutz von Ortschaften, zu unterstützen

- Die Waldbrandüberwachung mit „Firewatch“ muss während der „Waldbrandsaison“ durchgehend gewährleistet sein, um Waldbrände frühestmöglich einzudämmen
- Nach einer Bedarfsfeststellung müssen zusätzliche Kamerastandorte eingerichtet werden.
- In Zusammenarbeit mit dem Bund wird eine Gefahren- und Risikoanalyse zum Gefährdungspotenzial von Brandenburger Kommunen im regionalen Kontext, u.a. bzgl. Trockenheit und Dürre, benötigt.
- Die bestehenden Warnmittelstrukturen müssen mit Unterstützung des Bundes ausgebaut werden. Dies betrifft maßgeblich die Etablierung von Cell Broadcast und die Fortsetzung des bestehenden Sirenenförderprogramms.

Wälder fit machen für den Klimawandel

Immer mehr Bäume sind stark geschädigt oder abgestorben. Aber nicht nur steigende Temperaturen und Dürre setzen dem Wald zu. Auch Stürme, Schnee, Eis, Insekten- und Pilzbefall schaden den Pflanzen. Damit unser heimischer Wald dem Klimawandel besser standhält, müssen wir ihn umbauen. Wir brauchen einen artenreichen und widerstandsfähigen, an das veränderte Klima angepassten Wald. Dazu braucht es:

- Eine Erhöhung des Mischwaldes in Brandenburg von derzeit 15 Prozent auf mindestens 40 Prozent
- Unbürokratische Entlastungen und Förderprogramme für Kleinwaldbäuerinnen und Waldbauern zur Waldschutzzförderung auf Bundes- und Landesebene
- Eine wissenschaftlich begleitete Waldumbauoffensive im Landeswald, die zeitnah umzusetzen ist
- Maßnahmen zur Attraktivierung des Waldumbaus in privaten Wäldern

Neue Wege bei der Waldbrandbekämpfung einschlagen

Die Großschadensereignisse durch Waldbrände haben im Land Brandenburg in den letzten Jahren stark zugenommen. Diese Häufung an Waldbränden erfordert einen konsequenten und stringenten Ansatz im Bereich des Waldbrandschutzes und der Bekämpfung von Waldbränden. Bestehende Maßnahmen müssen kritisch hinterfragt und den gegenwärtigen Erfordernissen angepasst werden. Hierzu zählen insbesondere:

- Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die ein ganzheitliches Konzept zum Waldbrandschutz erarbeiten soll
- Die Waldbrandgipfel zwischen dem Bund und Brandenburg sind zu verstetigen. Eine Einbeziehung benachbarter ostdeutscher Länder und der Wissenschaft sollte in geeigneter Art und Weise erfolgen.
- Die Einrichtung eines Waldbrandkompetenzzentrums muss zügig erfolgen. Neben der LSTE, dem KMBD und dem Deutschen Wetterdienst ist wissenschaftliche Expertise einzubeziehen u.a. von der Brandenburgischen

Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und des Instituts für Klimafolgenforschung Potsdam. So könnte im Rahmen von Forschungsprojekten das Erproben von Gegenfeuern den Wasserverbrauch bei der Waldbrandbekämpfung stark reduzieren.

- Die europäische Expertise ist einzubeziehen.
- Die LSTE benötigt zur Aufrechterhaltung einer effektiven und effizienten Aus- und Fortbildung im Bereich des Brandschutzes einen weiteren Standort. Entsprechende finanzielle, fachliche und räumliche Rahmenbedingungen sind zeitnah zu schaffen.
- Zur Weiterentwicklung der bestehenden Verwaltungsstrukturen im Brandschutz sind die Schaffung einer nachgeordneten Behörde zur Bündelung der operativ-administrativen Aufgaben sowie die Bildung eines landesweiten Krisenstabes für ein effektives und effizientes Krisenmanagement fortzusetzen.

Sicherstellung und Weiterentwicklung des Haupt- und Ehrenamtes

Brandenburg steht zum Ehrenamt im Brandschutz. Ohne qualifizierte und ehrenamtliche Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren sind die steigenden Herausforderungen bei der Bekämpfung von Waldbränden nicht zu lösen. Es bedarf daher unterschiedlicher Instrumente, um die Freiwilligen Feuerwehren und ihre Mitglieder nachhaltig zu stärken:

- Die vielfältigen Förderrichtlinien sind in ihrem Umfang zu verstetigen und formal zu verschlanken. Eine Zusammenführung der Richtlinien muss zeitnah erfolgen, um weitere Förderansprüche qualifiziert zu erfüllen.
- Die ehrenamtlichen Strukturen der Wehren müssen auf die sich ändernden Rahmenbedingungen überprüft werden. Dazu gehört eine ergebnisoffene Evaluation der Stützpunktfeuerwehren, eine mögliche strukturelle Weiterentwicklung, beispielsweise durch Schaffung von Schwerpunktfeuerwehren, und die Prüfung eines Landeskontingents von Feuerwehren zur Vorhaltung für größere Einsatzlagen.
- Das Anforderungsprofil für eine Tätigkeit in einer haupt- oder ehrenamtlichen Feuerwehr bedarf einer Überprüfung. Um potenziell geeignete Fachkräfte weiterhin in ausreichender Anzahl zu gewinnen, sollte darüber nachgedacht werden, an welchen Stellen eine Absenkung der Qualifikationsstandards denkbar wäre.
- Die Einbeziehung von Schulen ist zu forcieren. Das Wahlpflichtfach „Feuerwehrunterricht“ kann eine unmittelbare Brücke zu den Kinder- und Jugendfeuerwehren sein. Die Einführung des Faches an den Brandenburger Schulen sollte daher vorangetrieben werden. Mögliche Fördermöglichkeiten des Landes wären zu prüfen. Dies gilt auch für den Reanimationsunterricht und die Frage einer möglichen Einführung im Regelbetrieb.
- In bestimmten Bereichen des Brandschutzes ist die Weiterentwicklung des Hauptamtes von Relevanz. Dies gilt insbesondere für das Amt der Kreisbrandmeisterin oder des Kreisbrandmeisters sowie der Stadtbrandmeisterin oder des Stadtbrandmeisters in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten. Entsprechende Maßnahmen sind zu treffen.

Mehr Unterstützung durch den Bund und bessere Koordinierung mit Nachbarländern

Waldbrände machen weder an Kreis- noch an Landesgrenzen halt. Auch über die Landesgrenzen hinaus müssen neue Vereinbarungen und Ansätze in der Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung etabliert und finanziell abgesichert werden. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass gerade die Brände die über die Landesgrenze hinausgehen, für Abstimmungsprobleme sorgen. So verfügen Bundesländer über unterschiedliches Kartenmaterial oder es gibt Unterschiede bei der Brandbekämpfung auf munitionsbelasteten Flächen. Um diese abzustellen, bedarf es:

- Einer besseren Koordinierung zwischen den Bundesländern aber auch in Zusammenarbeit mit dem Bund und das Vorhalten von zentraler technischer Ausstattung für einen bundesländerübergreifenden Einsatz im Wald- und Vegetationsbrand
- Die vom Bund vorgehaltenen Kapazitäten und Spezialfähigkeiten sollten möglichst kostenneutral zur Verfügung gestellt werden
- Größere Verantwortung des Bundes bei der Kampfmittelbeseitigung unabhängig von Herkunft und Zeitpunkt, zu dem diese hinterlassen wurde
- Etablierung einer bundesweiten Task Force „Waldbrandschutz“
- Verbindliche Regelung über finanzielle Planungssicherheit insbesondere für von Großschadensereignissen betroffenen Kommunen
- Bundesförderprogramm zur Kampfmittelberäumung bei der Anlage von Löschwasserentnahmestellen, Brand- und Katastrophenschutzweg und -schneisen, um Kommunen und private Waldbesitzer zu unterstützen
- Einführung eines Bundesförderprogramms für Waldbrandschutzriegel
- Bundesprogramm zur finanziellen Unterstützung privater Waldbesitzer zum Umbau ihrer Waldflächen in resiliente und klimafreundliche Laub- u. Mischwälder
- Einführung eines Bundesbeauftragten „Waldbrandbekämpfung/ Waldumbau“